

STELLUNGNAHME

zum Entwurf für einen Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der Verordnung über De-minimis-Beihilfen

Berlin/Brüssel, 10.01.2023

Transparenzregisternummer: 1420587986-3

Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) vertritt über 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit rund 283.000 Beschäftigten wurden 2019 Umsatzerlöse von 123 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 13 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Gas 67 Prozent, Trinkwasser 91 Prozent, Wärme 79 Prozent, Abwasser 45 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 203 Unternehmen investieren pro Jahr über 700 Millionen Euro. Beim Breitbandausbau setzen 92 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude. Wir halten Deutschland am Laufen – klimaneutral, leistungsstark, lebenswert. Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge. Unsere Positionen: 2030plus.vku.de.

Interessenvertretung:

Der VKU ist registrierter Interessenvertreter und wird im Lobbyregister des Bundes unter der Registernummer: R000098 geführt. Der VKU betreibt Interessenvertretung auf der Grundlage des „Verhaltenskodex für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregistergesetzes“.

Verband kommunaler Unternehmen e.V. · Invalidenstraße 91 · 10115 Berlin

Fon +49 30 58580-0 · Fax +49 30 58580-100 · info@vku.de · www.vku.de

Der VKU ist mit einer Veröffentlichung seiner Stellungnahme (im Internet) einschließlich der personenbezogenen Daten einverstanden.

Der VKU bedankt sich für die Möglichkeit, zum Entwurf der EU-Kommission vom 15. November 2022 für eine Verordnung zur Überarbeitung der De-minimis-Verordnung 1407/2013, die am 31. Dezember 2023 ausläuft, Stellung zu nehmen.

Bedeutung des Vorhabens für kommunale Unternehmen

Kommunale Unternehmen stehen häufig vor der Herausforderung, die Vorgaben von Art. 107ff. AEUV sowohl als Geber als auch als Empfänger einer Beihilfe beachten zu müssen. Oftmals ist die Klärung der Frage, ob eine Maßnahme in den Anwendungsbereich von Art. 107ff. AEUV fällt, mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden, wobei eine rechtssichere Beantwortung dieser Frage in vielen Fällen nicht möglich ist – es sei denn die Maßnahmen würden notifiziert. Eine Notifizierung erscheint aber angesichts der Komplexität und Dauer eines beihilferechtlichen Genehmigungsverfahrens häufig nicht sachgerecht.

Die De-minimis-Verordnung ermöglicht es, im Rahmen der Schwellenwerte Beihilfen zu gewähren/zu empfangen und das Risiko eines Verstoßes gegen Art. 107 AEUV zu beherrschen. Für die über 1.500 kommunalen Unternehmen, die der VKU vertritt, stellt die De-minimis-Verordnung entsprechend ein wichtiges Regelwerk dar.

Einschätzung des VKU zum Entwurf der EU-Kommission

Damit die Überarbeitung der De-minimis-Verordnung weiterhin Rechts- und Investitionssicherheit für Vorhaben kommunaler Unternehmen gewährt, die dazu beitragen, Europa unabhängiger von fossilen Energieimporten zu machen und den notwendigen Übergang in eine klimaneutrale, nachhaltige und zukunftsfeste Wirtschaft und Gesellschaft mitgestalten, sprechen wir uns für folgende Anpassungen am Entwurf der EU-Kommission aus:

- › Der Schwellenwert ist aus Gründen der Praktikabilität und des Bürokratieabbaus auf mind. 500.000 Euro zu erhöhen. Der aktuelle Betrag von 200.000 Euro ist seit 2007 unverändert. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Anhebung auf 275.000 Euro berücksichtigt die aktuellen Entwicklungen im Hinblick auf die Inflation, die sich seit 2021 deutlich beschleunigt hat, nur unzureichend. Hier ist eine deutliche Heraufsetzung des Schwellenwertes erforderlich.
- › Die Ausführungen in Erwägungsgrund 4 (am Ende) zum Unternehmensbegriff bei öffentlichen Unternehmen sind aus Gründen der Rechtsklarheit unmittelbar in Art. 2 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung aufzunehmen. Demnach sind Unternehmen, deren einzige Verbindung zueinander darin besteht, dass jedes von ihnen eine direkte Verbindung zur öffentlichen Hand aufweist, als zwei getrennte Unternehmen zu betrachten. Dies stellt eine Abweichung vom

Unternehmensbegriff im EU-Wettbewerbsrecht dar, die der VKU ausdrücklich begrüßt. Allerdings ist den Rechtsanwendern oftmals nicht hinreichend klar, wie verbindlich die Ausführungen in Erwägungsgrund 4 sind, sodass es in der Praxis regelmäßig zu Diskussionen kommt. Diesen Diskussionen kann durch eine klare Regelung in Art. 2 Abs. 2 der De-minimis-Verordnung abgeholfen werden.

Ansprechpartner im VKU

Baris Gök

Abteilung Recht, Finanzen, Steuern, VKU-Hauptgeschäftsstelle Berlin

Telefon: +49 30 58580-134

E-Mail: goek@vku.de

Christiane Barth

VKU-Büro Brüssel

Telefon: +32 2740 1656

E-Mail: barth@vku.de